

Niederschrift



Gremium: **44. Sitzung des Kreisausschusses**
Sitzungsdatum: **Montag, den 30.01.2012**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**
Beginn: 14:32 Uhr Ende: 16:22 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:
Martin Sailer

Mitglieder:

Manfred Buhl
Hans-Peter Dangl
Ludwig Fröhlich von 14:41 Uhr - 15:55 Uhr
Harald Güller
Dr. Michael Higl
Ursula Jung
Georg Klaußner ab 14:39 Uhr
Albert Lettinger
Heinz Liebert
Bernd Müller
Karl-Heinz Wagner
Mathilde Wehrle

Vertreter:

Walter Aumann Vertretung für Dr. Simone Strohmayer
Henriette Kirst-Kopp Vertretung für Bernhard Hannemann

Verwaltung:

Ulrich Gerhardt
Sybille Lichti
Jürgen Pabel
Michael Püschel
Martin Seitz

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Jahresabschluss 2011;
Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben
Vorlage: 12/0014
2. Kreishaushalt 2012 - 2. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs
Vorlage: 12/0006
3. Verschiedenes
4. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 Jahresabschluss 2011;
 Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben
 Vorlage: 12/0014**

Sachverhalt:

Im Zuge des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2011 wurden noch über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben festgestellt, deren Deckung insgesamt gewährleistet ist und die demnach zulässig sind (Art. 60 Abs. 1 LKrO). Die Mehrausgaben wären im Einzelnen nach der Geschäftsordnung des Kreistages vom 05.05.2008 in der Fassung vom 14.11.2011 (GeschO) wie folgt zu bewilligen und abzudecken:

A) durch Beschluss des Kreisausschusses

(§ 31 i.V.m. §§ 29 Abs. 2 Nr. 5 und 40 Abs. 3 GeschO)

DR 9 (Sozialhilfe überörtlicher Träger) in Höhe von **30.711,10 €**

Abdeckung durch Mehreinnahmen bei HhSt. 4130.1620 (Erstattungen des überörtlichen Trägers) in gleicher Höhe

DR 18 (Gebäudeunterhalt) in Höhe von **96.579,39 €**

Abdeckung durch Inanspruchnahme der allgemeinen Deckungsreserve

DR 23 (Gastschülerbeiträge) in Höhe von **71.231,82 €**

Abdeckung durch Minderausgaben bei HhSt. 2902.6391 (Schülerbeförderung) in gleicher Höhe

DR 32 (Bewirtschaftung der Schulen) in Höhe von **67.858,27 €**

Abdeckung durch Minderausgaben bei HhSt. 2902.6391 (Schülerbeförderung) in gleicher Höhe

DR 62 (Leistungen an Asylbewerber) in Höhe von **46.813,62 €**

Abdeckung durch Mehreinnahmen bei HhSt. 4260.1610 (Erstattungen des Landes) in gleicher Höhe

B) durch Beschluss des Kreistages

(§ 29 Abs. 2 Nr. 5 GeschO)

DR 1 (Personalausgaben) in Höhe von **245.728,61 €**

Abdeckung durch Mehreinnahmen bei HhSt. 4052.1660 (Personalkostenerstattungen ARGE) in gleicher Höhe

DR 13 (Leistungen der Jugendhilfe) in Höhe von **243.345,74 €**

Abdeckung durch Mehreinnahmen der Jugendhilfe in Höhe von **202.647,91 €**
und durch Minderausgaben im DR 46 (Kindertagesbetreuung) in Höhe von **40.697,83 €**

Soziale Leistungen der Bildung und Teilhabe (neu ab 2011) in Höhe von **198.593,80 €**

Abdeckung durch Mehreinnahmen bei HhSt. 9000.0920 (Belastungsausgleich Hartz IV) in gleicher Höhe.

| | | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|
| Finanzielle Auswirkungen: <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein | | Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr: <input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt. € <input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. € | |
| Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten): € | Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine € | Gesamtfinanzierung Eigenanteil: € | Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): € |

Bemerkungen:

Nach Darstellung des Sachverhalts durch **Herrn Pabel** fasst der Kreisausschuss folgenden

Beschluss:

Zu A)

Die in der Sachverhaltsdarstellung unter Buchstabe A) aufgelisteten Mehrausgaben werden wie vorgeschlagen bewilligt und können in der jeweils genannten Höhe geleistet werden. Die Abdeckung erfolgt jeweils wie im Sachverhalt vorgeschlagen.

Zu B)

Dem Kreistag wird empfohlen, die in der Sachverhaltsdarstellung unter Buchstabe B) aufgelisteten Mehrausgaben wie vorgeschlagen zu bewilligen und abzudecken.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0

| | |
|--------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------|
| TOP 2 | Kreishaushalt 2012 - 2. Lesung; Behandlung des Verwaltungsentwurfs Vorlage: 12/0006 |
|--------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------|

Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2012 (Stand: 23.12.2011) wurde am 09.01.2012 in den Kreistag (Vorlage 11/0348) eingebracht und bezüglich seiner Eckwerte vorgestellt. Der Verwaltungsentwurf ging von einem ungedeckten Bedarf in Höhe von 6.389.400 € aus. Daneben befanden sich auf Zusatzlisten hinzu kommende Einzelpositionen. Zum Abgleich des Vermögenshaushaltes war eine Kreditaufnahme in Höhe von 8.914.800 €, neben einer bereits im Haushalt veranschlagten Kreditaufnahme bei der KfW für die Sanierung der Turnhalle des Gymnasiums Königsbrunn in Höhe von 2.024.000 €, enthalten. Bei Berücksichtigung von Einzelpositionen auf Zusatzlisten würden sich diese Beträge verändern.

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2012 wird in einer ersten Lesung behandelt, und zwar am

30.01.2012 im Kreisausschuss,
31.01.2012 im Jugendhilfeausschuss,
01.02.2012 im Schul- und Kulturausschuss,
02.02.2012 im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss und
03.02.2012 im Ausschuss für Personal, EDV und Organisation.

Haushaltsklausuren der CSU-, SPD-, FW-, FDP- sowie Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktionen werden in der Zeit vom 26. bis 30.01.2012 stattfinden.

Veränderungen, die sich gegenüber dem Ausgangsstand vom 23.12.2011 ergeben haben, werden in den jeweiligen Sitzungen dargestellt.

Neben den eingetretenen Veränderungen ist zu berücksichtigen, dass immer noch nicht alle erforderlichen Eckwerte, die auf einen Abgleich des Kreishaushaltes 2012 Einfluss nehmen können, bekannt sind. Außerdem wären über die in der Zusatzliste enthaltenen Einzelpositionen, die im bisherigen Zahlenwerk noch nicht enthalten sind, Entscheidungen sowie Eckwertebeschlüsse herbeizuführen.

Bereits am 15.12.2011 hat der Bezirkstag über die Höhe der Bezirksumlage 2012 entschieden. Die Auswirkungen der beschlossenen Bezirksumlageerhöhung um 1,5 %-Punkte wurden bereits in der Präsentation des Verwaltungsentwurfs im Kreistag am 09.01.2012 beschrieben.

Daneben enthält die Verwaltungsvorlage nach wie vor Unwägbarkeiten. So sind auch noch nicht alle Finanzausgleichsleistungen verbindlich festgelegt (z. B. stehen verbindliche Bescheide über Finanzausgleichsleistungen, Krankenhauserhöhung, ÖPNV-Zuweisungen und Investitionspauschalen noch aus) sowie alle Wirtschaftspläne, welche Auswirkungen auch auf den Kreishaushalt nehmen, endgültig verabschiedet.

Nähere Einzelheiten erfolgen im Zuge der Beratungen durch die Landkreisverwaltung.

Herr Seitz verweist auf den aktuellen Stand gemäß der ausgeteilten Fortschreibungsliste. Zum Eingang der Haushaltsberatungen habe der ungedeckte Bedarf 6,4 Mio. € plus „x“ für die Listenpositionen betragen. Dieser ungedeckte Bedarf konnte nun im Wesentlichen aufgrund von Beschlüssen im Kreisausschuss sowie im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss auf 3,2 Mio. € reduziert werden.

Ferner informiert Herr Seitz darüber, dass er noch eine weitere Verbesserung bei der Schülerbeförderung in Aussicht gestellt habe. Dies sei leider so nicht richtig. Die Verbesserung sei in die Unterlagen bereits eingearbeitet.

Im Anschluss erläutert Herr Seitz die einzelnen Positionen der Ausschussvorlagen sowie der Zusatz- und Fortschreibungslisten.

Lfd. Nr. 3 (Ehrungen, Feiern)

Kreisrat Müller meint, es mache wenig Sinn, wenn der Kreisausschuss festlege, welche Veranstaltungen stattfinden sollen oder nicht. Es sei plausibel, dass man in diesem Jahr wegen des 40-jährigen Bestehens des Landkreises mehr machen möchte. Jedoch sei die SPD-Fraktion der Auffassung, dass der Ansatz auf 80.000 € gedeckelt werden sollte. Gegenüber dem Ergebnis 2011 wäre dies immer noch eine Verbesserung um 17.000 €.

Mit diesem Vorschlag zeigt sich **Kreisrat Liebert** generell einverstanden. Die Fraktionen hätten zu ihren Klausurtagungen eine Abhandlung über das ganze Paket „40 Jahre Landkreis“ bekommen. Die Frage sei, ob diese Veranstaltungen trotzdem alle durchgeführt werden sollen.

Kreisrat Müller erklärt, dass man nicht nur diese zusätzlichen Ausgaben, sondern die Gesamtausgaben im Fokus haben sollte. Es sollte der Verwaltung überlassen bleiben, ob einzelne Veranstaltungen zusammengelegt oder aber so organisiert werden könnten, dass nicht mehr als 80.000 € ausgegeben werden müssen. Dies sollte ein Zeichen des Kreistages in der schwierigen Lage der drohenden Kreisumlagerhöhung sein.

Kreisrat Buhl verweist darauf, dass die erste Veranstaltung die derzeit laufende Ausstellung in Oberschönenfeld sei, wofür kein Ansatz bestehe. Diese Ausstellung wird laut **Herrn Seitz** aus einer anderen Haushaltsstelle finanziert.

Landrat Sailer merkt an, er habe kein Problem mit einer Deckelung des Ansatzes. Wenn das Programm so nicht durchführbar sei, müsse man sehen, was davon gestrichen oder über andere Töpfe finanziert werden könne.

Der Kreisausschuss befürwortet daraufhin einstimmig einen Ansatz in Höhe von 80.000 €.

Lfd. Nr. 12 (Öffentlichkeitsarbeit)

Kreisrat Buhl spricht die Erhöhung des Ansatzes um 5.000 € an. Herr Seitz habe beim letzten Mal erklärt, dies würde die afa betreffen. Auf der afa sei der Landkreis jedes Jahr vertreten, weshalb Kreisrat Buhl wissen möchte, ob mit diesem Geld nun endlich etwas Vernünftiges gemacht werden soll.

Frau Lichti teilt mit, in diesem Jahr werde das Thema „Mühlen im Landkreis“ sein. Es werden die Klostermühle und die Ölmühle Hartmann am Stand des Landkreises vertreten sein. Das Ganze laufe unter dem Begriff „Spezialitäten“. Die AFAG wolle dies größer aufziehen. Der Landkreis sei in diesem Jahr daher in der Mitte der Halle platziert.

Lfd. Nr. 14 (Freiwilligen-Agentur)

Von **Herrn Seitz** wird darauf hingewiesen, dass diese Position künftig entfällt. Der Wegfall dieser Ausgaben und Einnahmen führe unter dem Strich zu einer Ersparnis für den Landkreis in Höhe der Sachaufwendungen. Die Personalkosten würden künftig an anderer Stelle anfallen.

Lfd. Nr. 24, Zusatzliste (Neu-Möblierung des Sitzungszimmers 221)

Lfd. Nr. 25, Zusatzliste (Einführung von D 115 – Behördennummer)

Kreisrat Buhl vertritt die Auffassung, dass über die Neumöblierung des Sitzungssaals heute gleich entschieden werden könnte.

Landrat Sailer verweist auf die originäre Zuständigkeit des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation.

Kreisrat Liebert informiert über die Auffassung seiner Fraktion, wonach die Möblierung noch warten kann. Die einheitliche Behördennummer 115 sei eine tolle Sache. Jedoch sollten hierzu im Jahr 2012 noch weitere Informationen erfolgen und die Einführung in das Jahr 2013 verlagert werden.

Mit diesem Vorschlag erklärt sich **Kreisrat Müller** einverstanden. Bei dem Betrag in Höhe von 24.000 € würde es sich nicht nur um neue Stühle und Tische handeln, sondern auch um den vorhandenen „antiquierten“ Beamer, der aber – wenn er Herrn Seitz richtig verstanden habe – auch anderweitig beschafft werden könnte.

Herr Seitz legt dar, der Ansatz in Höhe von 24.000 € beziehe sich rein auf die Möblierung. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation sei jedoch hinterfragt worden, ob der Kasten mit dem Beamer noch zeitgemäß wäre. Herr Landrat habe zugesichert, diese Problematik zu lösen. Hierfür habe der Ausschuss jedoch keine neue Haushaltsposition gebildet, so Herr Seitz. Die Finanzierung des Beamers müsse aus dem vorhandenen EDV-Haushalt erfolgen.

Auch **Kreisrätin Jung** ist der Meinung, dass beide Positionen nochmals verschoben werden könnten. Wenn man das Thema Behördennummer 115 aufgreife, dann sollte schon noch einmal grundsätzlich darüber diskutiert werden, ob man dies überhaupt brauche.

Von **Landrat Sailer** wird auf die Ende März stattfindende Informationsfahrt des Personalausschusses nach Sonthofen hingewiesen, zu der auch die Bürgermeister eingeladen sind. Das Landratsamt Oberallgäu führe derzeit die Behördennummer 115 ein, so dass man sich dort über erste Ergebnisse informieren könne. Im Lauf des Jahres könne dann darüber diskutiert werden, ob man dem näher treten wolle oder nicht.

Kreisrat Lettinger teilt mit, dass auch seine Fraktion der Meinung gewesen sei, die Neu-Möblierung des Sitzungszimmers zu streichen. In der Bürgermeisterdienstbesprechung habe er Skepsis zur Behördennummer 115 vernommen. Er glaube nicht, dass der Landkreis damit große Freude auslösen könne.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig dafür aus, die beiden auf der Zusatzliste enthaltenen Beträge nicht in den Haushalt 2012 aufzunehmen.

Lfd. Nr. 32 und 33 (Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung – ZRF)

Herr Seitz teilt mit, dass sich der Anteil des Landkreises für 2012 nach dem Haushalt des Zweckverbandes auf knapp 250.000 € beläuft. Der restliche Betrag sei für die Abrechnungen der vorausgehenden Jahre 2008 – 2010 bereitzustellen. Das Jahr 2011 werde wohl im kommenden Jahr abgerechnet.

Lfd. Nr. 34 (Schülerbeförderung – UA 2901)

Herr Seitz erinnert an die Erhöhung des Ansatzes für die Pauschalzuweisung von 620.000 € auf 650.000 €. In einem weiteren Schritt habe die Verwaltung bei **lfd. Nr. 35 (Schülerbeförderung – UA 2902)** die Ausgaben für den freigestellten Schülerverkehr von 5.245.000 € auf 5.010.000 € und den Ansatz für Erstattungen an übrige Bereiche von 900.000 € auf 800.000 € reduziert. Damit schließe der UA 2902 nicht mit 2.292.000 €, sondern mit 1.957.200 € ab.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Buhl** erklärt **Herr Seitz**, dass diese Veränderungen – wie eingangs dargestellt – schon in der Fortschreibung berücksichtigt sind.

Der Zuschussbedarf insgesamt beläuft sich laut Herrn Seitz demzufolge nicht auf 2.679.000 €, sondern auf 2.314.100 €.

Lfd. Nr. 37 (Gastschülerbeiträge)

Herr Seitz weist auf die in den Fraktionsklausuren ausgehändigten Unterlagen hin, aus denen hervorgeht, wie sich die Gastschülerbeiträge auf die einzelnen Schularten verteilen. Dabei wurde auch insbesondere die Aufteilung der Beiträge bei den Berufsschulen der Städte München und Augsburg dargestellt.

Lfd. Nr. 64 (Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen – Zuweisungen Vermögensplan)

Der Ansatz von 871.300 € muss aufgrund des Beschlusses vom 23.01.2012 nun auf 993.300 € angepasst werden, so **Herr Seitz**.

Lfd. Nr. 92, Zusatzliste (Wirtschaftsförderung)

Herr Seitz erklärt, der auf der Zusatzliste unter **a) (Standortansiedlung Amazon – vorübergehende ÖPNV-Erschließung über Bahnhof Bobingen)** dargestellte Betrag von 37.500 € müsse nach oben korrigiert werden. Erforderlich wären nun 46.000 €. Diese Steigerung resultiere daraus, dass die Fa. Amazon signalisiert habe, dass sie zum Ostergeschäft vom 2- auf einen 3-Schicht-Betrieb umstellen werde, wodurch sich der Pendelverkehr erhöhe.

Kreisrat Liebert spricht den angedachten Bahnhalt an, der aber wohl erst zeitversetzt realisiert werden könne. Deswegen sei die Frage aufgetreten, ob es notwendig sei, zwischen Bahnhof Bobingen und Amazon eine Busverbindung einzurichten. Die Mitarbeiter der Fa. Amazon seien zum großen Teil auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen. Daher sei es selbstredend, dass hier sofort eine Verbindung geschaffen werden müsse. Der Betrag in Höhe von 46.000 € sollte nach Auffassung von Kreisrat Liebert allerdings aus dem 400.000 €-Paket des Landkreises geschultert werden, damit hierfür keine zusätzlichen Mittel im Kreishaushalt gebunden werden müssen.

Landrat Sailer erinnert daran, dass es dem Landkreis gelungen sei, zwei Linien aus dem 400.000 €-Paket in den AVV zu überführen. Dadurch würden Mittel in einer Größenordnung von 125.000 € frei, weshalb diese Verbindung, die im Übrigen dem ganzen Gewerbegebiet zur Verfügung stehe, aus dem 400.000 €-Paket finanziert werden könne. Darüber hinaus habe man immer noch genügend Spielraum, um im Laufe des Jahres weitere Linien aus diesem Topf zu bedienen.

Zu Amazon vertritt **Kreisrat Güller** eine ähnliche Meinung wie Kreisrat Liebert. Man könne es den dortigen Arbeitnehmern bei der Lohnstruktur kaum noch zusätzliche Fahrtkosten zumuten. Auf der anderen Seite stelle sich die Frage, ob dies primär Aufgabe des Landkreises sei. Die Fa. Amazon zahle teilweise Hungerlöhne. Beim Schichtbetrieb werde nicht darauf Rücksicht genommen, dass die Mitarbeiter zusätzliche Beförderungskosten haben. Die Frage sei deshalb, ob man dies ohne jegliche weitere Diskussion so hinnehmen sollte.

Kreisrat Güller spricht sich für die Aufnahme in das 400.000 €-Paket aus. Die SPD-Fraktion wolle den Betrag in Höhe von 46.000 € jedoch mit einem Sperrvermerk versehen. Die Wirtschaftsförderung werde gebeten, mit der Fa. Amazon und anderen dort angesiedelten Firmen Gespräche zu führen. Kreisrat Güller betont, er sehe hier auch die Verantwortung des Arbeitgebers, entsprechende Löhne zu zahlen oder aber einen Fahrtkostenzuschuss zu gewähren, wenn man zu Zeiten arbeiten müsse, die außerhalb jeglicher ÖPNV-Zeiten liegen. Zudem sollte mit dem Jobcenter gesprochen werden, wie dort das Lohngefüge bei der Schichtarbeit von Amazon gesehen werde.

Landrat Sailer wendet ein, die Finanzierung erfolge nur so lange, bis der Bahnhalt in Betrieb gehe.

Kreisrat Güller merkt an, die SPD-Fraktion sperre sich hiergegen nicht generell. Jedoch sollten zunächst noch einmal die erbetenen Gespräche geführt werden.

Kreisrat Lettinger erkundigt sich danach, ob auch die Standortgemeinde mit ins Boot genommen wird. Beim 400.000 €-Paket gebe es normalerweise eine Aufteilung von 60:40 zwischen Gemeinde und Landkreis.

Landrat Sailer teilt mit, die Gemeinde Graben beteilige sich am Bahnhalt und treibe derzeit die Planung des Park-and-ride-Platzes voran. Bei Buslinien mit Gemeindeanteil würden die Bürger aus den jeweiligen Gemeinden das Angebot nutzen. Dies sei hier nicht der Fall, weshalb die Gemeinde nicht mit ins Boot geholt werden könne.

Kreisrätin Jung interessiert sich dafür, wie andere Firmen ihren Werksverkehr regeln. Auch sie sei der Ansicht, dass hier nochmals nachverhandelt werden müsse.

Herr Gerhardt führt an, dass über die ÖPNV-Anbindung nach Bobingen sehr intensiv im Rahmen der Ansiedlung diskutiert wurde. Der Fa. Amazon sei es wichtig gewesen, dass der ÖPNV-Anschluss bis zur Errichtung des Bahnhalts sichergestellt werde. Zudem habe die Fa. Amazon bereits seit November letzten Jahres weitere Linien in die Bereiche Schwabmünchen und Meitingen realisiert, die sie selbst bezahle. Ferner erfolge eine finanzielle Beteiligung am Bahnhalt. Im Juli solle der Bahnhalt in Betrieb gehen, so dass diese Linie dann wieder wegfallen könne.

Kreisrat Müller meint, man müsse schon noch einmal hinterfragen, inwieweit eine Beteiligung von Amazon an diesen Kosten möglich wäre. Durch den 3-Schicht-Betrieb mache Amazon auch mehr Umsatz, weshalb es nicht sein könne, dass der Landkreis dies allein bezahle. Daher sollte man nochmals in ernsthafte Gespräche eintreten, zumal nicht nur ein Pendelverkehr, sondern eine Linie im Rahmen des AVV eingerichtet werden soll.

Landrat Sailer erklärt, es sei bei der Ansiedlung schon entscheidend gewesen, den Bahnhalt zu bekommen. Hieran beteilige sich Amazon selbstverständlich mit einem nennenswerten Betrag. Er befürwortet den Vorschlag der SPD-Fraktion, den Betrag mit einem Sperrvermerk zu versehen und nochmals mit Amazon nachzuverhandeln. Auf Hochtouren laufe derzeit auch die Abstimmung mit der Stadt Augsburg und den Stadtwerken Augsburg in Bezug auf künftige Verbindungen vom Hauptbahnhof aus. Es nütze nichts, wenn die Mitarbeiter nach 24.00 Uhr vom Hauptbahnhof nicht mehr wegkommen. Im nächsten Kreisausschuss werde man dies entsprechend darlegen.

Kreisrat Lettinger führt an, bevor sich eine Firma auf der grünen Wiese ansiedelt, müsse sich diese doch Gedanken darüber machen, wie ihre Arbeitnehmer dorthin kommen. Womöglich habe man in Aussicht gestellt, dass im Rahmen der Wirtschaftsförderung Kosten übernommen werden. Kreisrat Lettinger verweist als Beispiel auf die Fa. Ringel im Gewerbegebiet Wollbach. Es frage niemand, wie die Mitarbeiter der Fa. Ringel dort hinkommen.

Landrat Sailer entgegnet, auch hier gebe es Gespräche, künftig einen zusätzlichen Bushalt im Gewerbegebiet einzurichten.

Von **Kreisrat Klaußner** werden die vorgebrachten Bedenken als berechtigt angesehen. Er wäre der gleichen Meinung, wenn es sich um eine Dauerlösung handeln würde. Jedoch handle es sich nur um eine Übergangslösung, die er schon unter dem Begriff Wirtschaftsförderung subsumieren würde. Man dürfe nicht vergessen, dass die Fa. Amazon eine entsprechende Steuerkraft einbringe, was sich sicherlich auf die Umlagekraft positiv auswirken werde. Zudem würden durch Amazon eine ganze Menge Arbeitsloser wieder dem Arbeitsmarkt zugeführt. Dies komme dem Landkreis über eine andere Haushaltsstelle wieder zugute.

Anschließend stellt **Kreisrat Liebert** fest, man sei auf einem guten Weg. Die Kombination mit dem Sperrvermerk sei vernünftig. Wenn man mit Amazon in Kontakt trete, dann sollte auch das Jobcenter gebeten werden, dem Kreisausschuss einmal das Lohnniveau der dort beschäftigten Mitarbeiter nahezubringen. Es wäre interessant zu erfahren, wie viele der über 2.000 Arbeitsplätze welche Lohngruppen ausmachen, auch wenn dies mit dieser Position nicht direkt etwas zu tun habe.

Der Kreisausschuss spricht sich einstimmig dafür aus, den Betrag in Höhe von 46.000 € in das 400.000 €-Paket aufzunehmen und mit einem Sperrvermerk zu versehen.

b) (MANSIO Zusmarshausen)

Kreisrat Liebert teilt mit, er habe vor der Klausursitzung ein Paket mit Unterlagen erhalten. Nach einer kurzen Durchsicht habe er dies mit der Aufschrift versehen: „MANSIO – Im Westen nichts Neues“. Es handle sich dabei lediglich um eine Wiederholung von Dingen, die man schon schriftlich oder mündlich in verschiedenen Stellungnahmen gehört habe. Die Frage konzentriere sich nun darauf, ob der Landkreis dafür kompetent sei oder nicht. Tourismus finde überall im Landkreis statt. Es sei zu klären, ob dies ein überregionales Thema sei, das weit über die Landkreisgrenzen hinausrage. Mit dieser Frage habe sich die CSU-Fraktion in ihrer Klausur sehr lange auseinandergesetzt und sei zur Überzeugung gekommen, dass man der Förderung in Höhe von insgesamt 89.000 € nicht näherzutreten sollte.

Auch in der SPD-Fraktion war das Thema MANSIO laut **Kreisrat Güller** Gegenstand einer längeren Diskussion. Die Mehrheit der SPD-Fraktion habe sich gegen eine Aufnahme des Betrages ausgesprochen, ein Teil habe die Auffassung vertreten, dass man an dem Konzept noch etwas retten könne. Es werde daher vorgeschlagen, den Betrag – wenn er überhaupt in den Haushalt aufgenommen werde – mit einem Sperrvermerk zu versehen. Es fehle bisher ein eindeutiges „Ja“ des Marktes Zusmarshausen. Die jetzt nachgelieferte Darstellung sei zu stark geschichtlich ausgerichtet. Man sei sich aber einig gewesen, dass die Frage, ob vor Zusmarshausen tatsächlich irgendwelche Steine von der MANSIO gefunden wurden, nicht entscheidend sei. Diese Frage sei vielmehr wirtschaftspolitisch zu sehen. Deshalb wären Ausführungen zur Einnahmen- und Ausgabensituation sowie zum künftigen Betrieb viel wichtiger. Es sei zu hinterfragen, ob der Verein wirklich auf Dauer dazu in der Lage sei, dies zu „bespielen“. Das Konzept basiere schließlich ganz massiv hierauf.

Kreisrat Lettinger berichtet, der Markt Zusmarshausen habe versucht, die vom Kreisausschuss gestellten Fragen zu beantworten. Im Konzept habe man einen Schwerpunkt auf die historische Seite gelegt, weil diese kritisiert worden sei. Der Markt Zusmarshausen habe die jeweiligen Beträge in der vergangenen Woche einstimmig in seinen Haushaltsentwurf übernommen.

Ferner informiert Kreisrat Lettinger über ein Schreiben des Bezirksheimatpflegers, Dr. Peter Fassel, und verliest einige Passagen hieraus. Demnach solle über die Thematik in einem wissenschaftlichen Kolloquium am 28. Februar auf breiterer Ebene diskutiert werden. An konkreten Beispielen sollen der bisherige Stand archäologischer Präsentationen dargestellt, neue Wege in Forschung und kultureller Vermittlung erläutert und nach den wissenschaftlich notwendigen Standards der Rekonstruktionen gefragt werden. Kreisrat Lettinger stellt fest, wenn sich hochkarätige Personen wie der Bezirksheimatpfleger und Prof. Dr. Weber von der Universität Augsburg zu einem solchen Kolloquium hergeben, dann sollte man sich schon intensiv damit befassen und das Thema nicht einfach vom Tisch wischen. Der Nachweis einer Römerstraße sei jedenfalls vorhanden.

Kreisrätin Jung teilt mit, es sei ihr Vorschlag gewesen, diese Position vorerst aus dem Haushalt zu nehmen. Ihre Fraktion habe hierüber nochmals diskutiert. Man sei nicht einstimmig der Meinung gewesen, den Ansatz herauszunehmen. Jedoch sei man gemeinsam zum Entschluss gekommen, dies zu verschieben bzw. den Betrag zu deckeln. Historisch sei

das Thema nicht ganz belegt. Das Hauptaugenmerk liege auf der Tourismusattraktion, weshalb auch hinterfragt wurde, ob der Landkreis das Projekt in dieser Größenordnung unterstützen sollte. Vielleicht sollte auch nochmals geprüft werden, welche Kosten tatsächlich entstehen und in welcher Höhe sich der Landkreis beteiligen könne und wolle.

Kreisrat Buhl spricht sich ebenfalls für eine Verschiebung, allerdings für keine Inaussichtstellung eines Zuschusses zum jetzigen Zeitpunkt aus. Zunächst wolle er Ergebnisse haben. Kreisrat Buhl verweist auf die Sitzung, in der Herr Beck das Thema zum ersten Mal vorgestellt hat. Damals habe er festgestellt, dass es Herr Beck verstehe, sich und andere mit seinen Argumenten zu berauschen. Hinterher hätten den Kater dann immer diejenigen, die es bezahlen müssten. Das vordergründige Motiv von Herrn Beck seien immer die Übernachtungszahlen, an denen er für seine Tätigkeit gemessen werde. Dies könne man auch akzeptieren. Auch Herrn Dr. Fassel schätze er sehr, so Kreisrat Buhl. Man müsse jedoch nicht an jeder Stelle alles kommentarlos übernehmen, was Herr Dr. Fassel sage.

Wenn man überlege, was im Landkreis alles auf Römer anzuwenden wäre, dann könnte man an jeder Stelle zu graben beginnen. Die Stadt Königsbrunn könnte ebenfalls tolle Dinge machen, die relativ einmalig und auch historisch belegbar wären. Wenn kein Geld für historisch bewiesene Dinge vorhanden sei, dann stelle sich die Frage ob man nur für „Fun“ und Tourismus so hohe Beträge einstellen sollte. Die FDP/ödp-Kreistagsfraktion vertrete die Auffassung, dass das Thema noch nicht entscheidungsreif sei.

Kreisrat Aumann betont, man befasse sich nun seit Monaten mit der Angelegenheit. Man sollte endlich auch einmal ein Wort des Lobes für die Regio Augsburg finden, die man viele Jahre deswegen kritisiert habe, dass sie für den Landkreis Augsburg zu wenig tue. Nun sei man auf einem guten Weg. In Zusmarshausen wurden nachweisbare Spuren der Römer gefunden. Von Anfang an sei aus Zusmarshausen Sicht aber auch erklärt worden, dass die MANSIO an der Stelle nicht nachweisbar sei. Das Bespielen dieser MANSIO sei ganz entscheidend. Dies sei bereits mehrmals dargelegt worden. Man könne die Zahlen glauben oder nicht. Jedes Unternehmen – ob privat oder öffentlich – habe ein Restrisiko. Wenn man kein Restrisiko tragen wolle, dann brauche man auch nichts unternehmen. Wer aber nichts unternehme, gehe bekanntlich rückwärts. Dies gelte auch für den Landkreis Augsburg.

In diesem Zusammenhang erinnert Kreisrat Aumann an das Klostermühlenmuseum. In den Gremien des Landkreises sei heiß darüber diskutiert worden, ob dies etwas taue oder nicht. Heute sei dies ein Projekt mit Strahlkraft.

Es sei richtig, dass der Markt Zusmarshausen und die Einrichtungen vor Ort die MANSIO am Leben erhalten müssten. Es gebe hierfür deshalb EU-Fördermittel, weil dort die Nachhaltigkeit gesehen werde. Die Regio Augsburg habe das Thema „Römer“ als ein Hauptthema aufs Schild gehoben. Die Römerstraße verlief nachweisbar durch das Rothtal. Wenn man trotz dieser Situation dann noch nicht überzeugt sei, müsse man eben dagegen sein. Somit sei der Fall erledigt, und man schenke EU-Gelder her.

Kreisrat Güller verweist auf eine Aussage, wonach das Entscheidende die geschichtliche Aufarbeitung wäre. Entscheidend sei hingegen die kameralistische Seite. Man müsse wissen, wie viel die MANSIO koste. Im vorliegenden Konzept sei die geschichtliche leider sehr viel länger als die wirtschaftliche Aufarbeitung. Es hänge sehr viel an dem kleinen Verein, wie z. B. der Bauunterhalt, das „Bespielen“ und die Organisation der ehrenamtlichen Führungen. Kreisrat Güller merkt an, er kenne diesen Verein nur rudimentär, wisse daher nicht, wie nachhaltig dies sei. Dazu hätte er gerne noch weitere Informationen, um zu wissen, dass dies auch wirklich funktioniere.

Eine weitere Frage sei die der Öffnungszeiten. Im Konzept stehe, dass die MANSIO von November bis einschließlich März geschlossen sei. Es werde nicht funktionieren, die MANSIO während dieser Zeit für Veranstaltungen zu öffnen. Damit wäre ein immenser Aufwand verbunden. Nach wie vor sei das Thema der Aufsicht nicht mit eingerechnet. Kreisrat Güller wirft die Frage auf, was dies für die als begehbar und begreifbar dargestellten Ausstellungsobjekte bedeuten würde. Auf seine damalige Frage sei erklärt worden, dass keine Aufsicht benö-

tigt werde, da ein Zaun vorhanden sei. Dies passe nicht zusammen. Im Konzept stehe lediglich, dass morgens auf- und abends zugeschlossen werde.

Kreisrat Lettinger teilt mit, das Gelände sei zugänglich, nicht jedoch das Gebäude. Im Gebäude würden Führungen gegen Entgelt erfolgen.

Kreisrat Güller meint, dass dies sicherlich eine gute Idee sei und es schön wäre, Fördergelder zu bekommen. Jedoch müsse der Landkreis zu diesen Fördergeldern eine hohe fünfstellige Summe dazu geben. In den nächsten Jahren sei man möglicherweise gezwungen, weitere Gelder zu geben, so Kreisrat Güller, weshalb es die Aufgabe seiner Fraktion sei, nachzufragen. Der vorgeschlagene Zwischenweg in Form eines Sperrvermerks wäre eine Lösung. Es gebe aber auch Stimmen, die der Auffassung seien, dass dies nicht funktionieren werde, weshalb das Projekt jetzt schon „beerdigt“ werden könne.

Kreisrat Liebert kommt auf die Frage zurück, ob das Projekt in die Kompetenz des Landkreises fällt oder nicht. Nun diskutiere man jedoch darüber, ob die Eintrittsgelder ausreichend für die Heizung seien oder ob ein Zaun errichtet werden müsse oder nicht. Diese Diskussion helfe hier nicht weiter. Dies hänge zudem nicht vom Landkreiszuschuss ab. Wenn die Sitzkommune die MANSIO möchte und diese finanziere, dann würden genauso viele EU-Gelder für dieses Objekt fließen. Kreisrat Liebert bittet darum, nun zielführend zu diskutieren. Dabei komme man um die Frage „Landkreiskompetenz – ja oder nein“ nicht herum.

Von **Kreisrat Aumann** wird zur Landkreiskompetenz angemerkt, dass sich diese Frage in den Landkreisen Aichach-Friedberg, Günzburg oder Dillingen nicht stelle, weil dort sämtliche Fördermaßnahmen über die Landkreise und nicht über die Kommunen laufen. Die Gemeinden würden dies dann über die Kreisumlage bezahlen. Im Landkreis Augsburg sei dies anders. Kreisrat Aumann erinnert an die vor zwei Jahren geführte Diskussion, als man von ReAL West angeklopft habe, ob sich der Landkreis hieran in irgendeiner Form beteiligen könnte. Dies sei abgelehnt, jedoch damals erklärt worden, dass man über projektbezogene Zuschüsse reden könne. Dies wäre jetzt ein ganz klassisches Projekt, weil es nicht nur auf den Markt Zusmarshausen, sondern auf die ganze Region zugeschnitten sei. Nur wenn die MANSIO bespielt werde, mache sie auch Sinn. Darum sei es letztendlich auch teurer geworden, weil man dazu das Gebäude benötige.

Anschließend äußert sich **Kreisrat Lettinger** zur finanziellen Seite. Es gebe eine Gesamtfinanzierung, die man nicht davon abhängig machen könne, ob 400.000 € kommen oder nicht. Das ganze Paket habe einen bestimmten Preis. Potenzielle Zuschussgeber für den Markt Zusmarshausen seien ReAL West, die EU-Mittel, der Landkreis und der Erholungsgebieteverein. Wenn das Finanzierungskonzept nicht stehe, dann sei dies für den Markt Zusmarshausen nicht leistbar. Kreisrat Lettinger erklärt, er sei gerne bereit, den Vereinsvorsitzenden zur Präsentation in den Kreisausschuss einzuladen. Es funktioniere nicht, alles bis zum Schluss durchzurechnen. Ein Restrisiko bestehe bei solchen Dingen immer. Im Hause seien auch schon Maßnahmen durchgeführt worden, die dann doppelt so viel gekostet hätten, als zunächst veranschlagt gewesen sei. Das Risiko liege aber in diesem Fall letztendlich beim Markt Zusmarshausen, nicht beim Landkreis.

Landrat Sailer stellt fest, es gebe noch Nachbesserungsbedarf, worauf Landrat Sailer die in der Diskussion aufgeworfenen Tendenzen und Fragen nochmals zusammenfasst. Dies müsse heute nicht abschließend geklärt werden. Wenn man dem Thema näher treten wolle, könne man im Übrigen auch einen Mittelweg finden. So müsste der Landkreis z. B. die Investitionszuschüsse nicht sofort geben, sondern könnte diese auf mehrere Jahre verteilen, um damit eine gewisse Nachhaltigkeit sicherzustellen.

Daraufhin schlägt Landrat Sailer vor, die Angelegenheit nochmals in die Fraktionen zu geben und hierüber abschließend in der 3. Lesung zu beraten. Ferner bittet er Kreisrat Lettinger um

eine Aussage dazu, wie der Markt Zusmarshausen mit einem möglichen Betriebskostendefizit in den nächsten Jahren umgehen würde.

Kreisrat Fröhlich stellt grundsätzlich die Frage, wie künftig mit LEADER-Förderungen umgegangen werden soll. Er geht davon aus, dass alle Kommunen gleich behandelt werden. Es müsse hier eine Linie gefahren werden.

Kreisrat Buhl merkt an, der Haushalt stehe und falle nicht mit dem Thema MANSIO. Man brauche jedoch ein Stück weit Planungssicherheit in den Fraktionen und sicherlich auch in der Verwaltung. Kreisrat Buhl stellt deshalb den Antrag, die Mittel für 2012 nicht einzustellen. Was künftig passiere, stehe auf einem anderen Blatt. In den Fraktionen habe man dies schon alles diskutiert. Die Meinungsbilder seien heute abgegeben worden.

Dazu erklärt **Kreisrat Güller**, der Kreisausschuss sei ein verkleinertes Abbild des Kreistages. Das Thema werde sehr leidenschaftlich diskutiert. Manche wollen die MANSIO und manche nicht. Letztendlich werde man abschließend erst im Kreistag entscheiden können.

Landrat Sailer bittet darum, hierüber nochmals in den Fraktionen zu beraten.

d) Beteiligung des Landkreises Augsburg am Innovationspark Augsburg

Kreisrat Liebert spricht sich dafür aus, den Ansatz in Höhe von 50.000 € heuer nicht in den Haushalt aufzunehmen. Es fehle noch viel zu viel, unter anderem auch die eindeutige Positionierung der Partner des Landkreises.

Kreisrat Lettinger stellt fest, es gebe bislang keine konkreten Anforderungen und Zahlen. **Kreisrätin Jung** erklärt, das Thema Innovationspark wäre eigentlich sehr wichtig, weshalb ihre Fraktion sehr enttäuscht darüber sei, wie die Diskussion auf Seiten der Stadt Augsburg laufe. **Kreisrat Buhl** meint, dies wäre voraussetzender Gehorsam.

Der Kreisausschuss lehnt einstimmig die Mittelaufnahme für eine Beteiligung am Innovationspark ab.

Lfd. Nr. 98, Zusatzliste (Energiewerke Landkreis Augsburg – Stammkapitaleinlage und lfd. Betriebskostenzuschuss)

Landrat Sailer unterbreitet den Vorschlag, die Stammkapitaleinlage in den Haushalt aufzunehmen, den Betriebskostenzuschuss jedoch noch nicht, da noch niemand wisse, wie sich die Energiewerke genau darstellen werden.

Der Kreisausschuss befürwortet diese Vorgehensweise einstimmig.

Lfd. Nr. 101 (Überlassene Grunderwerbsteuer)

Herr Seitz erinnert an die in der letzten Sitzung vorgenommene Erhöhung von 3,5 Mio. € auf 4 Mio. €. Weitere Diskussionen zu diesem Ansatz bleiben der 3. Lesung vorbehalten.

Lfd. Nr. 105 (Kostenaufkommen)

Kreisrat Liebert vertritt die Auffassung, dass der Ansatz nicht unter dem Ist 2011, sondern eher darüber liegen sollte.

Landrat Sailer teilt mit, das Ergebnis 2011 habe 5.682.000 € betragen.

Der Kreisausschuss verständigt sich vorbehaltlich der 3. Lesung auf einen Ansatz in Höhe von 5,7 Mio. €.

Lfd. Nr. 106 (Verwarnungsgelder und Geldbußen)

Auch bei dieser Position verweist **Herr Seitz** auf die in der 1. Lesung vorgenommene Erhöhung des Ansatzes von 100.000 € auf 125.000 €. Dies sei bereits in die Unterlagen eingearbeitet worden.

Lfd. Nr. 107 (Investitionspauschale nach Art. 12 FAG)

Kreisrat Liebert fragt nach, ob der Ansatz in Höhe von 1.450.000 € noch aktuell ist.

Herr Seitz teilt mit, der Bescheid liege noch nicht vor.

Lfd. Nr. 112, Zusatzliste (Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt)

Von **Herrn Seitz** wird auf die grundsätzlichen Erläuterungen zu dieser Position in den Klausursitzungen der Fraktionen hingewiesen.

Kreisrat Liebert meint, es gebe drei Möglichkeiten, wie die Gelder in Höhe von 1,8 Mio. € verwendet werden könnten. Dies sei zum einen die Möglichkeit der Einsparung. Hier sei man auf dem richtigen Weg. Dies werde jedoch nicht dazu führen, dass der Haushalt zu einem Nullsummenspiel werde. Darum gebe es zwei weitere Möglichkeiten. Zum einen könne die Kreditaufnahme beschränkt und der Weg über die Zuführung gegangen werden. Zum anderen könne man die Zuführung weglassen, die Kreditaufnahme erhöhen und damit die Kreisumlage stützen. Ein weiterer Weg bestünde in einer Mixtur aus beiden Lösungen. Die CSU-Fraktion habe Anfang Dezember vorgeschlagen, die Schulden zu begrenzen, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die Aussage über die Schlüsselzuweisungen noch nicht da gewesen sei und noch Hoffnung bestanden habe. Der warme Regen sei leider ausgeblieben, so dass nochmals zu überdenken sei, ob man dies zu Lasten der Kreisumlage tun sollte.

Einem Kommentar in der AZ konnte entnommen werden, dass die Schulden bis auf 100 Mio. € anwachsen sollen, so **Kreisrat Liebert**. Auf diese Zahl komme er beim besten Willen nicht. Im Finanzplanungszeitraum 2011 – 2015 stehe in etwa die Hälfte dieses Betrages. Der Landkreis werde im nächsten oder übernächsten Jahr Grundstückstransaktionen tätigen können, die ihm Einnahmen in die Kasse spülen. Im nächsten Jahr werde das Basisjahr für die Steuern und Umlagen das Jahr 2011 sein, das bekanntlich kein schlechtes Wirtschaftsjahr gewesen sei. Daher müsse man nicht dieses große Horrorszenario bemühen, sondern sollte bis zur 3. Lesung darüber nachdenken, von dieser Zuführung weitestgehend Abstand zu nehmen.

Kreisrat Müller merkt an, auch seine Fraktion hatte in ihrer Klausurtagung die Sorge, was mit der Kreisumlage passiere. Er könne die Argumentation eines Kämmerers gut nachvollziehen. Die 1,8 Mio. € wären nicht zur Schuldentilgung, sondern zur Verminderung der Nettokreditaufnahme, also für künftige Schulden, vorgesehen gewesen. Es sei auch nichts Ehrenrühriges, jetzt massiv in Bildung zu investieren und dafür auf den Kreditmarkt zu gehen, zumal die Zinssituation im Moment äußerst günstig sei.

In der Tat müsse man aber auch sehen, dass dies dazu führe, dass die kreisangehörigen Gemeinden unter Umständen mehr Kreisumlage zahlen müssen und ebenfalls in ihrer Investitionstätigkeit gebremst werden. Diese müssten dann auf den Kreditmarkt gehen oder aber Investitionen auf die lange Bank schieben. Es sei dann sinnvoll, den Betrag in Höhe von 1,8 Mio. € zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme anzusetzen, wenn im Gegenzug dieser Betrag im Verwaltungshaushalt zusätzlich eingespart werde. Man sollte realistisch genug sein,

um zu wissen, dass dies in diesem Jahr nicht gelingen werde. Den nunmehrigen Ausführungen der CSU-Fraktion könne daher nähergetreten werden.

Kreisrat Lettinger betont, man müsse sich darüber im Klaren sein, dass der Landkreis mit dem Geld der Gemeinden arbeite. Die Gemeinden hätten die Kreisumlage aufzubringen und könnten dies nicht weitergeben. Zurzeit sei das Zinsniveau sehr günstig. Dies werde nicht immer so bleiben. Der Landkreis sollte dies nützen und auf den Kreditmarkt gehen und in nicht so günstigen Zeiten andere Finanzierungen wählen. Der Landkreis sollte den Betrag in Höhe von 1,8 Mio. € den Gemeinden zugutekommen lassen, damit die Kreisumlage nicht erhöht werden müsse. Im vergangenen Jahr sei bereits eine Erhöhung um 3,0 Punkte erfolgt. Eine weitere Erhöhung wäre momentan nicht zumutbar.

Kreisrätin Jung meint, es würde dem Landkreis gut anstehen, diesen Betrag nicht im Ergebnishaushalt zu verwenden. Ihre Fraktion sehe dies zwiespältig. Einerseits seien die Zinsen derzeit niedrig, so dass man durchaus auf den Kreditmarkt gehen könnte. Andererseits müsse der Landkreis versuchen, seine Verschuldung nach unten zu bringen. Die Regierung von Schwaben lege dem Landkreis schon seit Jahren nahe, die Schulden zu reduzieren. Hinzu komme, dass die meisten Gemeinden in diesem Jahr relativ gut da stünden. Die Bezirksumlage wurde in den letzten Jahren nur bedingt an die Kommunen weitergegeben. Es sei zu überlegen, ob der Landkreis die Erhöhung der Bezirksumlage in diesem Jahr alleine tragen müsse.

Kreisrat Buhl kommt auf die Aussage zu sprechen, dass die Verschuldung nach unten gebracht werden müsse. Man müsse wohl eher sagen, dass die Schulden nicht noch weiter erhöht werden sollten. Er sei heute in erster Linie als Kreisrat, nicht als Bürgermeister oder Vertreter einer Kommune im Kreisausschuss. Im Hinblick auf die Aussage des Kollegen Liebert müsse man einen vernünftigen Spagat finden. Somit wäre beiden, dem Landkreis und den Kommunen, recht getan.

Bei allgemeiner Betrachtung müsse man auch sehen, dass die Bildungsinvestitionen im ganzen Landkreis zunächst hauptsächlich die Kommunen stärken, in denen sich weiterführende Schulen befinden, aber auch die Region. Dies sehe man an den Zuwachsraten beim Gymnasium Diedorf. Dies insgesamt müsse den Regionen auch etwas wert sein, so dass es nicht angehen könne, dass der Landkreis Kredite zu 100 % aufnehme und in der Verschuldung nach oben steige, „nur“ damit die Kommunen eine möglichst günstige Kreisumlage hätten. Diesen Spagat müsse man bis zur 3. Lesung finden, so Kreisrat Buhl. Er wäre für einen gesunden Kompromiss.

Lfd. Nr. 118, Zusatzliste (Umschuldung)

Herr Seitz legt dar, man werde die in diesem Jahr aus der Zinsbindung auslaufenden Verträge prolongieren oder umschulden, je nachdem wie sich das Angebot darstelle. Über Sondertilgungen werde man in diesem Jahr nicht nachdenken.

BSS-Vorlage

Lfd. Nr. 3, Zusatz- und Fortschreibungsliste (Grundsicherung für Arbeitssuchende – Hartz IV)

Bei dieser Position wurde der Ausgabenansatz laut **Herrn Seitz** bereits auf 13 Mio. € reduziert. Die Einnahmen wurden dem entsprechend von 4.621.700 auf 4.263.700 € angepasst. Dadurch ergibt sich ein ungedeckter Bedarf in Höhe von 8.736.300 €.

Kreisrat Liebert wirft die Frage auf, ob bei den Ausgaben noch Luft nach unten besteht.

Landrat Sailer erklärt, es werde davon ausgegangen, dass sich zwar die Arbeitslosenzahlen stabilisieren, die Bedarfsgemeinschaften davon unabhängig in der Tendenz jedoch eher nach oben gehen. Aus seiner Sicht könnte man auch auf das Ergebnis des Vorjahres gehen.

Daraufhin regt **Kreisrat Liebert** an, den Ansatz von 13 Mio. € nochmals um 250.000 € zu reduzieren, nachdem das Ist 2011 bei 12,7 Mio. € gelegen hat.

Kreisrat Müller verweist darauf, dass dies bei den Einnahmen wiederum gegengerechnet werden müsste.

Die Einnahmen müssten nach Mitteilung von **Herrn Seitz** dadurch nochmals um 89.500 € reduziert werden.

Landrat Sailer spricht sich dafür aus, hierüber abschließend in der 3. Lesung zu entscheiden.

| |
|-------------------------------|
| TOP 3 Verschiedenes |
|-------------------------------|

- keine Vorlagen -

| |
|--------------------------------------|
| TOP 4 Wünsche und Anfragen |
|--------------------------------------|

- keine -

Landrat Sailer bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Martin Sailer
Landrat

Ulla Berger
Verw.Angestellte

44. Sitzung des Kreisausschusses 30.01.2012